

der funke



Zeitung der DKP Bad Kreuznach

Online-Extrablatt Januar 2024

Oh-Weh-Trasse: Verkehrskonzept von vorgestern

Stadtbere reanimieren Ost-West-Trassen-Planung

Vor Jahren lehnte eine Mehrheit der Bürger*innen Bad Kreuznachs per Stimmzettel die u.a. vom damaligen OB Ludwig gewollte Ost-West-Trasse ab. Und nochmals, als der OB nicht wiedergewählt wurde. Nun wird sie wieder aus der Versenkung geholt von Stadtvorstand und Stadtratsmehrheit. Der Traum von der autogerechten Stadt ist scheinbar noch nicht tot.

Worum es geht, hier nur in Kürze: Vom Viadukt (Bahnunterführung Nähe Polizei) aus, rund ein Kilometer westlich des Salinenplatzes, soll südlich der Bahnlinie eine durchgehende Straße bis zum Fleischhauer-Kreisel gebaut werden. Direkt vor einem Schulzentrum, ggf. auch einer geplanten Grundschule. Von Entlastung der Innenstadt wird geredet, gemeint ist vor allem der östliche Teil der Salinenstraße. Fakt ist, dass der innerstädtische Verkehr nicht geringer, sondern bestenfalls nur verlagert würde.

Zudem würde zusätzlicher Verkehr generiert. Die Oh-Weh-Trasse böte den Anreiz für Autofahrer*innen, die aus 3 Richtungen über Bad Münster / Ebernburg kommend in Bad Kreuznachs Osten und weiter Richtung Mainz-Bingen wollen, durch die Stadt zu fahren, statt außen herum über B 41 und B 420. So weit, so schlecht.

Weiter auf Seite 2

Zu diesem FUNKE

Dieser FUNKE erscheint nur als online-Ausgabe, die im Internet und per E-Mail verbreitet werden wird. Mit ihm wollen wir Position beziehen zu einigen kommunalpolitischen Problemen und Auseinandersetzungen in Stadt und Kreis Bad Kreuznach. Wobei viele unserer Positionen, wie z.B. zur Oh-Weh-Trasse, nicht neu sind, sondern teils seit Jahrzehnten zu unserem Selbstverständnis als Bad Kreuznacher DKP-Gruppe gehören.

Für den Stellvertreterkrieg der NATO in der Ukraine gegen Russland, in dem der Westen bereit ist, bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen, wäre alleine schon eine Ausgabe notwendig.

Erst Recht für Israels Krieg gegen die Palästinenser, dessen Anlass der militärische Angriff der Hamas auf Israel war, bei dem das Völkerrecht durch Angriffe auf Zivilisten gebrochen wurde. Wobei letzteres mit großer Brutalität derzeit in und gegen Gaza gebrochen wird. Ein hoher UN-Beamter sprach da von einen „Lehrbuch-Völkermord“.

(weiter auf der nächsten Seite)



(Bild oben: Gaza, Pixabay freie Bilder)

Unsere Genoss*innen von der israelischen KP und viele Friedenskräfte in Israel sehen die tieferen Ursachen in der jahrzehntelangen Besatzungspolitik inklusive völkerrechtswidriger Siedlungspolitik.

Das offizielle Deutschland ergreift in beiden Kriegen einseitig Partei, hat also keine Option mehr, in irgendeiner Weise vermittelnd agieren zu können. Es sollte zumindest aufhören, den Krieg in der Ukraine mit Waffenlieferungen sinnlos in die Länge zu ziehen. Und die bedingungslose Unterstützung für das, was Netanyahu und seine teils faschistischen Koalitionspartner tun, einzustellen.

Das fordern auch Organisationen wie die weltweit agierende „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden“, in deren deutschen Zweig Jüdinnen und Juden aktiv sind, teils deutsche, teils israelische Staatsbürger*innen.

Es gibt in keinem der vielen bewaffneten Konflikte auf der Welt eine vernünftige Alternative zu politischen Lösungen, welche die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen.

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts“, sagte Willy Brandt am 3. November 1981. Bestimmt gefällt uns nicht alles, was er je sagte, aber mit den Worten schuf er eine Plattform für alle, die wissen, wie schnell diese Kriege zu weltweiten eskalieren könnten, mit dem Einsatz von Massenvernichtungsmitteln.

In der Hoffnung, mit allen friedliebenden Menschen gemeinsam noch etwas bewegen zu können, wünschen wir Ihnen und Euch allen ein gutes, weil hoffentlich friedlicheres Jahr 2024.

weiter zu: **Stadtbere reanimieren Ost-West-Trassen-Planung**

Bis und ab Viadukt geht es dann aber gute 3 km durch das Salinental und Bad Münster, das größte Freiluft-Inhalatorium Europas. Dessen Status war schon öfters gefährdet durch die Emissionen des Durchgangsverkehrs. Die Folgen sind absehbar. Einige Traumtänzer fabulieren dann da von einer hunderte Millionen teuren Tunnellösung. Negativ betroffen wären auch die Menschen in den Nachbargemeinden Altenbamberg, Hochstätten, Norheim und Hüffelsheim.

Das Salinental müsste entlastet, statt weiter belastet werden, der Durchgangsverkehr raus. In anderen Ländern gibt es gute Erfahrungen mit Straßenbahnsystemen, die ohne Schienen auskommen und nur 20% der herkömmlichen Investitionskosten erfordern.

Dass das jetzt wieder auf den Tisch kam, hängt möglicherweise auch mit der Einführung der



wiederkehrenden Beiträge (w.B.) zum „Ausbau von Verkehrsanlagen“ zusammen. Für die von potenten Anliegern in der Salinenstraße gewünschte Aufwertung als Einkaufsstraße, nachdem sie keine Bundesstraße mehr wäre, hätten diese als direkte Anlieger und Nutznießer zumindest 75 % der Kosten tragen müssen. Die Einführung der w.B. entlastete dann solch potente Anlieger wie die Volksbank, müssten doch alle Hausbesitzer im Abrechnungsgebiet Zentrum Süd die Kosten tragen. Das bezahlten dann auch die Eigentümer*innen von wenig pompösen älteren Ein- oder Zweifamilienhäusern dort, wo mit knapp 23.000 gut

40 % der Einwohner*innen der Stadt wohnen.

Die Bad Kreuznacher DKP war immer für eine belebte Innenstadt. Innenstadt aber als Zentrum urbanen Lebens, mit Menschen, die dort leben und arbeiten, ihre Freizeit verbringen, mit Spielplätzen usw.. Nicht als fast einwohnerloses Einkaufsviertel, das nach Ladenschluss tot ist. Und für den Ausbau eines ÖPNV, der eine tatsächliche, bezahlbare Alternative bietet. Deshalb auch unterstützte sie in den 70ern die Bewohner*innen im Wassersümpfchen, deren gewachsenes Wohngebiet gegen deren Willen für Parkplätze platt gemacht wurde. Heute ist da eine Überbauung mit Wohngebäuden geboten, sowie die Schaffung eines kleinen Parks in einem großen Gebiet ohne jede öffentlichen Grünflächen.



Dass die Oh-Weh-Trasse schon einmal abgelehnt wurde, war auch dem Netzwerk am Turm e.V. und seinen Mitgliedsorganisationen zu verdanken. Der Verein existiert weiter, zu den Früheren kommen neue Akteure hinzu wie z.B. das Klimabündnis und Fridays for Future. Den Irrsinn ein zweites Mal zu stoppen, erscheint möglich. Die DKP Bad Kreuznach würde ihren Beitrag dazu leisten.

(Bilder: Kreisel, wo heute der Bahnübergang ist, älterer Präsentation. Gradierwerk im Salinental, Pixabay,

Überall sparen, nur nicht bei der Rüstung.

Der tiefe Griff in unsere Taschen

Vielfältig sind die finanziellen Belastungen, mit denen die rheinland-pfälzischen Kommunen ihre Einwohner belasten. Vom Land RLP dazu verdonnert, erheben sie u.a. Straßenbaubeiträge und immer höhere Grundsteuern. Das noch vor der Umstellung der Bemessungsgrundlagen 2025. Auch die Gebühren für das Anwohnerparken werden hochgetrieben. Die Unterfinanzierung ist auch Ergebnis einer Steuerpolitik, die seit Jahrzehnten große Einkommen und Vermögen entlastet. Finanzlöcher im Bundeshaushalt sollen mit Kürzungen geschlossen werden, wogegen sich Widerstand regt. Aber längst nicht jeder Widerstand ist auf gesellschaftlichen Fortschritt ausgerichtet. Vor allem dann, wenn die Akteure über alleine 30 zusätzliche Milliarden in 2024 für Rüstung und Militär nicht reden wollen.

Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge

Auf den letzten Drücker wurden in Bad Kreuznach nach Kommunalabgabengesetz (KAG) des Landes Rheinland-Pfalz (RLP) wiederkehrende Beiträge (w.B.) statt der bisherigen einmaligen Anliegerbeiträge von bis zu 80 % der Baukosten eingeführt. Die wurden von direkten Anliegern erhoben, was sie allerdings nicht davor schützte und schützt, demnächst 360 Euro p.a. statt 31,50 für das Anwohnerparken bezahlen zu sollen. Ohne Anrecht auf einen Parkplatz.

Nun gibt es in Bad Kreuznach 14 Abrechnungsgebiete für die w.B., in denen alle Grundbesitzer zwischen 70 und 80 % bezahlen müssen. Allerdings nicht mehr einmalig, sondern in Form regelmäßiger jährlicher Abgaben.

Das bisherige System der Anliegerbeiträge wurde immer öfter juristisch angegriffen. RLP, so scheint es, griff mit den wiederkehrenden Beiträgen zu einem Rettungsanker für diese Form der Einwohner*innenbelastung. Dabei ist es das einzige Bundesland, das die Kommunen in dieser Form verpflichtet, ihre Einwohner zu belasten. Die Hälfte der Bundesländer, wie z.B. Baden-Württemberg, macht das nicht, in den anderen sind die Kommunen i.d.R. nicht dazu verpflichtet.

Höhere Grundsteuern durch immer neue Aufgaben ohne Finanzausgleich

Das KAG verpflichtet die Kommunen auf vielfältige Weise, ihre Bewohner zur Kasse zu bitten. Tun sie das nicht, erhalten sie z.B. keine Zuschüsse zu diversen Maßnahmen. Über die Jahre mit ständig neuen Pflichtaufgaben belastet, denen aber keine entsprechenden Mittelzuweisungen gegenüber stehen, haben nur noch wenige einen ausgeglichenen Haushalt. Deshalb wurden 2023 ca. 2/3 der kommunalen Haushalte in RLP zunächst nicht genehmigt. Die Kommunen sollen den Rotstift ansetzen, was dort, wo es eh schon nicht mal für die Pflichtaufgaben reicht, illusorisch ist. Dann sollen sie eben die Gewerbe- und die Grundsteuern erhöhen. Letztere werden in vollem Umfang auf die Mieter*innen umgelegt.

In den „Genuss“ kamen und kommen auch die Menschen in Stadt und Kreis Bad Kreuznach. Wobei das noch nichts mit der kommenden Grundsteuerreform zu tun hat, bei der nur wenige daran glauben, dass sie aufkommensneutral bleiben werde.

Kommunalpolitiker legen Ämter nieder

Weil sie sich nicht dafür gewählt sahen, ihre Wähler*innen zu belasten, traten Bürgermeister,

Beigeordnete und Ratsmitglieder der Gemeinde Freisbach geschlossen zurück. Nun kündigten ihre Kolleg*innen in Bosenbach das selbe an. Zudem wollen immer weniger Menschen z.B. als ehrenamtliche Bürgermeister*innen kandidieren.

Steuergeschenke und Rüstungskosten

Dabei ist die Misere weder natur-, noch gottgewollt. Sie ist einer Steuerpolitik geschuldet, die große Einkommen und Vermögen immer mehr schützt und schützt. Z.B. durch das Absenken des Spitzensteuersatzes von 53 % auf nur noch 42 %, die faktische Abschaffung der Vermögenssteuer und niedrigste Besteuerung großer Erbschaften.

Jetzt fehlten 30 Mrd. Euro. 17 im Haushalt 2024, weitere 13 beim Klima- und Transformationsfond. Gleichzeitig sollen 2024 runde 30 Mrd. Euro zusätzlich zur Hochrüstung und Militär ausgegeben werden. Finde den Fehler! Und damit auch eine der Ursachen für die Streichungen im Haushalt 2024, vom Sozialen bis hin zum Agrardiesel.

Bundesweite Proteste

Letztere sorgen für bundesweite Proteste. Auch in Bad Kreuznach rollten die Traktoren am 22. Dezember durch die Straßen. Für den 8. Januar wird zu weiteren Protesten vom Bauern- und Winzerverband (DBV) aufgerufen, mit Forderungen lediglich nach Rücknahme der seine Mitglieder betreffenden Steuererhöhungen (*der derzeitige Stand unserer Informationen Ende Dezember 2023*)

Die AfD versucht sich da anzuhängen. In ihrem Programm schreibend, man lehne Subventionen grundsätzlich ab, will sie nun punkten mit der Forderung nach weiterer Subventionen für Agrardiesel.



Wenn im Umfeld des DBV geäußert wird: „Endlich mal eine Gruppe, die für ihre Interessen auf die Straße geht. Nicht kürzere Arbeitszeiten, nicht mehr Geld wird gefordert, sondern ein Ende der skrupellosen Abzocke der Menschen, die unser Land am Leben halten“ (*Leserzuschrift www.WELT.de 18.12.23*), dann steckt dahinter die Ideologie kapitalistischer Agrarkonzerne und -unternehmer, die z.B. auch gegen jede Erhöhung der Mindestlöhne agierten (*PE des DBV vom 15.02.2022*).

Die ganze Bewegung wird bestenfalls im Sand verlaufen, wenn mehr oder minder lautstarke Gruppen sagen „mit uns nicht“, aber nicht grundsätzlich an das Problem ran wollen. Agrardieselsubvention kontra Bürgergeld, Zuschüsse für die Rentenkasse kontra solcher für die Arbeitsagentur usw., da werden letztendlich alle Betroffenen gemeinsam die Verlierer sein. Das sowieso, wenn nicht auch die Frage nach den explodierenden Rüstungskosten gestellt werden wird. Wir brauchen eine andere Politik, andere Politiker alleine lösen kein Problem.

(Bild: Symbolbild von Pixabay, freie Bilder)

Für Frieden, soziale und demokratische Rechte

Unterstützt die Kandidatur der DKP mit Eurer / Ihrer Unterschrift!

Die DKP wird bundesweit bei den Wahlen zum EU-Parlament am 9. Juni kandidieren. Als nicht im EU-Parlament vertretene Partei braucht sie mindestens 4.000 Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten (alle EU-Bürger die hier wohnen, die am Wahltag mindestens 16 Jahre alt sind). Die Unterzeichner*innen sprechen sich damit für die Möglichkeit der DKP aus, auf dem Stimmzettel zu stehen, unabhängig davon, wem sie dann ihre Stimme geben wollen. Näheres siehe unter dem Link unten. Dort gibt es auch eine am PC beschriftbare Druckvorlage. Ausgefüllte, beidseitig bedruckte, Formblätter können auch Mitgliedern der DKP Bad Kreuznach persönlich übergeben werden. Wer die Möglichkeit hat, sie selbst bei seiner Stadt- oder der Verbandsgemeindeverwaltung bestätigen zu lassen, möge dies bitte tun. Zusendung an die Postfach-Adresse im Impressum ist auch möglich.

<https://www.unsere-zeit.de/unterstuetzt-die-kandidatur-der-dkp-mit-eurer-unterschrift-4786023/>

Impressum: der funke, Online-Ausgabe Januar 2024, Zeitung der Bad Kreuznacher DKP, Kontakt und v.i.S.d.P.: V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, bad-kreuznach@dkp-rlp.de online unter <https://dkp-rlp.de/bad-kreuznach> veröffentlicht sowie via E-Mail versandt. Die Bad Kreuznacher DKP-Gruppe trifft sich regelmäßig monatlich am 1. Mittwoch und 3. Montag. Näheres erfahrbar auch unter dkp-kh@gmx.de